

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, DEN 29. JULI 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TOBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 60

## Der Friedensvertrag mit Italien

ROM. Am vergangenen Donnerstag wurde in Rom die Aussprache zur Ratifizierung des Friedensvertrags von der Nationalversammlung aufgenommen. Außenminister Graf Strozzi wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Dringlichkeit dieser Ratifizierung hin, die die Aufnahme Italiens in die Organisation der UN und die Wiederherstellung des Vertrauens zur italienischen Republik erleichtere.

Da der mit der Prüfung der Aufnahmeanträge beauftragte Ausschuss des Sicherheitsrates am 10. August zusammentrete, müsse Italien, falls es bis dahin seinen Friedensvertrag noch nicht ratifiziert habe, damit rechnen, daß man feststelle, es fehle noch ein entscheidendes Element für seine Aufnahme in die UN.

„Entweder sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag ungerecht ist und daß er einer friedlichen Revision unterzogen werden muß. Dann ist die Ratifizierung ein Mittel, um durch Vermittlung der Organisation der UN und nicht nur durch sie unser Recht geltend zu machen, oder aber wir weigern uns, die Ratifizierung vorzunehmen und vertrauen damit unser Schicksal einer internationalen Krise an, indem wir — wenn wir es auch nicht zugeben — auf neue Umgestaltungen rechnen.“

Es ist aber nicht zu verkennen, daß wir in diesem Falle Gefahr laufen, die Zerstörung des Friedensvertrags mit der Zerstörung Italiens zu bezahlen. In Amerika würde man diese Weigerung als „ungenügenden Willen zur internationalen Zusammenarbeit“ ansehen und für die Durchführung des Marshall-Plans Konsequenzen ziehen.

## Englisch-amerikanische Besprechungen

Noch diese Woche soll das Ruhrkohlenproblem eine teilweise Lösung erfahren

WASHINGTON. Allmählich kristallisiert sich aus dem Wirrwarr an Meldungen, Dementis und Protesten über die bevorstehenden englisch-amerikanisch-französischen Besprechungen, die eine Neufestsetzung des deutschen Industriepotentials zum Ziele haben sollen, einiges Greifbares heraus. Das Programm für die Besprechungen über Deutschland sieht für diese Woche eine Zusammenkunft amerikanischer und britischer Experten in Washington vor. Sie wollen untersuchen, mit welchen Mitteln die Produktionsleistung der Ruhrkohlenbergwerke gesteigert werden kann. Die Verhandlungen sollen streng unpolitisch geführt werden.

Zeitweilig wurde von einem Treffen der Außenminister am 13. August gesprochen; dann wurde wieder behauptet, ein Außenministertreffen sei nie in Erwägung gezogen worden.

Die amerikanischen Stellen brachten klar zum Ausdruck, daß damit keine Änderung der Pläne für die im November vorgesehene Londoner Außenministerkonferenz verbunden sei. Zu jenem Zeitpunkt sollen im Rahmen der Vierer-Organisation neue Besprechungen über das deutsche Problem geführt werden.

Ueber die englisch-amerikanischen Besprechungen dieser Woche soll Frankreich fortlaufend und eingehend unterrichtet werden. Diese Verhandlungen gehen nur die Bizone an. Die Frage der künftigen Ruhrkontrolle bleibt also vermutlich unberührt, bis es sich geklärt hat, inwieweit die Sowjetunion mit-

macht. Daher nimmt man in Paris an, daß nur die Erhöhung der Ruhrkohlenförderung, nicht aber die Erhöhung des deutschen Industriepotentials besprochen wird.

Die Meinung der amerikanischen Sachverständigen zur Ruhrkohlenproduktion geht dahin, noch vor Ende 1948 müsse die Kohlenförderung auf das Doppelte ihres jetzigen Standes gesteigert werden. Sie werden großen Wert darauf legen, daß die zur ausreichenden Ernährung der Bergleute erforderlichen Lebensmittelsätze vollständig und regelmäßig zur Verteilung gelangen, selbst wenn dadurch die Bergleute eine bevorrechtete Stellung gegenüber der übrigen Bevölkerung erlangen sollten.

Eingehend geprüft werden müsse das Transportproblem. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse seien dazu anzuhalten, die Kohlenreviere bevorzugt zu beliefern, was auch die Bevölkerung des Ruhrgebietes darüber denken möge. Um die Anwerbung neuer Arbeitskräfte zu fördern, müßten die Wohnungsverhältnisse gebessert werden. Umgehende Lieferung der in Listen festgelegten Mengen an Geräten und Material sei herbeizuführen. Auf Nationalisierung der Bergwerke wird von amerikanischer Seite kein Wert gelegt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Begründung, die der bisherige Leiter des Entkartellierungsbüros der USA — Militärregierung in Deutschland für seinen Rücktritt gab. Nach seiner Aussage ist er aus Protest gegen die Methoden, deren sich gewisse amerikanische Industriegruppen wie die Standard Oil, General Electric und General Motors bedienen, um Monopolstellungen in Deutschland zu erlangen, zurückgetreten. Er führte wörtlich aus: „Die amerikanischen Industrien bedienen sich Deutschlands wie eines Spielballs, um die amerikanische Regierung in eine Lage zu bringen, die sie dazu zwingt, energisch gegen den Kommunismus Stellung zu nehmen, um auf diese oder jene Weise die Kontrolle über die deutschen Monopole zu erlangen.“

England hofft, daß nicht nur das Ernährungsproblem für das Ruhrgebiet gelöst wird, sondern daß die USA auch die notwendigen Maschinen zu liefern bereit sind, da England auf Grund seines Devisenmangels nicht imstande zu sein scheint, für das Ruhrgebiet noch für sonst irgend jemanden Dollars auszugeben. England wünscht, im Gegensatz zu den USA, daß die Bergwerke nationalisiert werden.

## Die Lage im Fernen Osten

Der Krieg in Indonesien / Chinesische Befürchtungen / Frieden für Japan

BATAVIA. Der holländische Heeresbericht über die Kämpfe in Indonesien meldet die Einnahme von zahlreichen Orten und Süberungaktionen im Innern von Java bei geringen Verlusten. Auch auf Sumatra wurden Fortschritte erzielt. Der holländische Gouverneur van Mook versicherte in einer Rundfunkansprache: „Dieser Krieg ist nicht ein Krieg einer Nation gegen eine andere. Unsere Truppen begegnen nirgends Feindseligkeiten, im Gegenteil, die allgemeine Reaktion auf unser Vorgehen ist ein Gefühl der Erleichterung.“ Der Gouverneur sprach sich gegen die von den Republikanern angewandte Methode der „verbrannten Erde“ aus.

Der republikanische Heeresbericht wiederum weiß von dem ständigen Vorrücken der Republikaner an einzelnen Fronten und der Rückgewinnung von Städten zu berichten.

Der Oberbefehlshaber der holländischen Streitkräfte, General Spoor, erklärte inzwischen, daß die Holländer nicht das gesamte republikanische Territorium zu besetzen beabsichtigten.

Der Führer des indischen Kongresses, Pandit Nehru, erklärte in New Delhi: „Die Anwesenheit fremder Armeen in Asien ist eine Beleidigung für den ganzen asiatischen Kontinent. Die Organisation der Vereinten Nationen muß aufgelöst werden, wenn nur ein einziges ihrer Mitglieder solche Vorkommnisse duldet oder ihnen tatenlos zusieht.“

PEKING. Die Anwesenheit des Sonderbeauftragten von Präsident Truman für China, General Wedemeyer, hat in chinesischen Kreisen verschiedenartige Wirkungen ausgelöst. Furcht, Argwohn und Mißtrauen herrschen vor. Die Chinesen fürchten vor allem, daß die USA sich die Hilfe, die sie der Nanking Regierung gewähren, zu teuer bezahlen lassen.

Man nimmt an, daß die Mission des Generals den Zweck hat, den USA chinesische Grundstücke zu verschaffen, die an den Marine- und Luftwaffenstützpunkt Tsingtau, der immer noch von der amerikanischen Wehrmacht besetzt ist, angeschlossen werden sollen und rechnet mit einer Art Neuausgabe der „Kanonenbootpolitik“ dem Symbol des westlichen Imperialismus im Fernen Osten.

Viele Chinesen sind dagegen, daß die Pläne für den nationalen Wiederaufbau völlig auf der amerikanischen Hilfe basieren sollen. Diese Orientierung könne aus China ein koloniales Anhängsel des überseeischen Industrieimperialismus machen. Nach der allgemeinen Anschauung sollte die amerikanische Hilfe vor allem die Beendigung des Bürgerkrieges zum Ziele haben. Sie müßte China dazu verhelfen, die Inflation zu liquidieren und die Verwüstungen des Krieges wieder gutzumachen, ohne daß die Souveränität des Landes angetastet würde.

WASHINGTON. Der Botschafter der USA in Moskau, Bevell Smith, stattete am 23. Juli Außenminister Molotow einen Besuch ab, um ihm den Wunsch seiner Regierung, eine Konferenz zur Ausarbeitung des Friedens mit Japan einzuberufen, zu unterbreiten. Die USA machten den Vorschlag, daß an dieser Konferenz die elf Länder der Fernost-Kommission teilnehmen sollen. Als Termin für die Konferenz wurde der 19. August vorgeschlagen.

Die russische Regierung lehnte das amerikanische Anerbieten ab mit der Begründung, eine solche Konferenz könne nicht ohne Vorarbeiten eines Abkommens unter drei vier Mächten, den USA, der UdSSR, Großbritannien und China, einberufen werden. Die

UdSSR hat nach einer Meldung des sowjetischen Rundfunks vorgeschlagen, daß dieses Projekt erst nach seiner Vorbereitung durch die Außenminister der vier Mächte der Fernost-Kommission zur Prüfung vorgelegt werde. Der Zeitpunkt für diese Konferenz könne nach Ansicht der sowjetischen Regierung von den Botschaftern der vier Mächte in Washington vereinbart werden.

In Nanking kritisierte der ständige Ausschuss des politischen Volksrats die Haltung der USA gegenüber Japan und forderte in einer Resolution die chinesische Regierung auf, die Teilnahme an der Friedenskonferenz in Washington zu verweigern oder doch wenigstens das Vetorecht zu beanspruchen.

## Nationalversammlung billigt Außenpolitik

Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über den Minimallohn

PARIS. Die französische Nationalversammlung hat am vergangenen Samstagmittag der Regierung für ihre Außenpolitik das Vertrauen ausgesprochen und damit die am Freitag eröffnete große außenpolitische Debatte abgeschlossen. In der Debatte selbst stand im Vordergrund der Marshall-Plan und hierbei wieder das deutsche Problem. Von einzelnen Rednern wurde die Notwendigkeit, den deutschen Industrien eine Erhöhung der Produktion zugestehen, durchaus zugegeben. Man verspricht sich dabei besonders Erleichterungen für das Reparationsproblem. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß Frankreich die deutsche Kohle brauche.

Außenminister Bidault führte aus: „Frankreich hat immer den Standpunkt vertreten, daß die Opfer vor den Angriffen kommen müßten. Es verlangt, daß die Reparationen ein entsprechendes Ausmaß annehmen und daß eine wachsame Kontrolle über das Ruhrgebiet geschaffen wird.“

Von den innerpolitischen Fragen kommen den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der allgemeinen Gewerkschaftskommission beson-

dere Bedeutung zu. Eine gemischte Kommission hat die Auswirkungen einer Lohnerhöhung auf die Lebenskosten geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine geringe Erhöhung der Löhne, die keine Preissteigerung zur Folge habe, gebilligt werden könnte.

Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Minimallöhne dauern fort. Die CGT beharrt auf 8000 Franken pro Monat als Minimum. Die Arbeitgeber bestehen auf einer Herabsetzung dieses Minimums, falls die gegenwärtigen Preise für Industrieprodukte gehalten werden sollen.

Zeitweise war die Regierung von den Verhandlungen, die direkt geführt wurden, ausgeschlossen. Am vergangenen Samstag hat nunmehr Ministerpräsident Ramadier die Vertreter der Arbeitgeber empfangen. Besprechungen mit den Gewerkschaften haben begonnen. Noch vor Ende des Monats soll ein Abschluß erzielt werden.

Im Falle einer Erhöhung der Löhne in der Industrie sollen die Löhne in der Landwirtschaft eine entsprechende Erhöhung erfahren. Ein Abkommen hierüber wurde vom Landwirtschaftsminister unterzeichnet.

## „Komitee der 19“

WASHINGTON. Das von Präsident Truman ernannte „Komitee der 19“, das die Ausführungsmöglichkeiten der USA im Hinblick auf eine eventuelle Verwirklichung des Marshall-Plans zu untersuchen hat, hat sich nach zwei Sitzungstagen, die den Darlegungen von Staatssekretär Marshall und General Eisenhower gewidmet waren, vertagt, wie der amerikanische Handelsminister Harriman bekanntgab.

Das Komitee habe acht Unterausschüsse gebildet, die ihre Arbeiten bis zur nächsten Plenarsitzung des Komitees, die für Anfang September vorgesehen sei, fortsetzen würden. Im September werde das Komitee dann ein Dokument ausarbeiten, das zur Prüfung der von Europa kommenden Vorschläge dienen solle. Das Komitee habe über die Warenmengen zu entscheiden, die zur Verfügung gestellt werden könnten, ohne daß der Weltmarkt, besonders der Handel mit Südamerika und Kanada, eine Störung erleide.

## Atomkraftkontrolle läßt auf sich warten

LAKE SUCCESS. Alle Hoffnung auf ein baldiges Abkommen über die internationale Kontrolle der Atomkraft wurde letzte Woche zunichte, als die UdSSR und die USA, erneut

## Die Verfolgten

Von Will Hanns Hebsacher

Wieder rauscht es im deutschen Blätterwald, weil Thomas Mann, der gefeierte Dichter aus USA, zwar zu Besuch nach London und Zürich geflogen kam, dabei aber um seine deutsche Heimat herum einen großen Bogen machte. Viele sind darüber sehr enttäuscht. Wir haben von ihm und seinen Freunden nichts anderes erwartet. Schon am 23. Oktober 1945 sagten wir ihm an dieser Stelle in unserem Leitartikel „Die Emigranten und wir“, was wir von ihm halten: „Große, bedeutende Dichter, diese Emigranten, wer leugnet es? Das Salz der Erde vielleicht, aber nach ihrer Haltung für uns unmöglich. Wir wollen ein für allemal mit ihnen als Politikern nichts mehr zu tun haben.“

Diese Emigranten sind insoweit Hauptschuldige, als sich auf ihr Urteil die Alliierten ständig berufen haben, wenn sie uns ihre These von der kollektiven Verantwortung des deutschen Volkes vortrugen. Demgegenüber haben die in der Heimat verbliebenen Antifaschisten immer wieder betont, daß erstens der aktive Widerstand gegen das Hitlerregime in Deutschland nicht einfach geleneht oder gering geschätzt werden dürfe, und daß weiterhin die billige Formel „Nazi gleich Nazi“ sinnlos sei.

Aus diesem Grunde sind wir in dem erwähnten Artikel wie auch in unseren späteren Berichten über die Nürnberger Prozesse nachdrücklich dafür eingetreten, daß der harmlose Parteigenosse amnestiert werden soll, wenn ihm keine kriminellen Verfehlungen, Denunziationen usw. zur Last gelegt werden können. Oft konnten es die Alliierten nicht begreifen, daß wir Antifaschisten uns für sogenannte „belastete Nazis“ tatkräftig einsetzen, und es war unverkennbar, daß vor allem in den Jahren 1945 und 1946 hier noch der unheilvolle Einfluß der im Ausland verbliebenen Emigranten nachwirkte, die in Bausch und Bogen alle in Deutschland Gebliebenen verurteilten, um dadurch ihre eigenen Verdienste im Kampf um die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus im hellsten Licht erstreben zu lassen.

Das hat uns Antifaschisten nicht gehindert, auf den Asperg und in die Lager Balingen, Ludwigsburg, Darmstadt zu fahren oder in Spruchkammerverhandlungen als Entlastungszeugen für angeblich schwer beladene Nazis aufzutreten. Uns kam es immer auf die Gerechtigkeit an, denn wir wußten aus eigener Erfahrung, daß so mancher, der das Parteilabzeichen trug, doch in der Zeit der braunen Schmach ein Freund der Verfolgten gewesen war und ihnen im stillen geholfen hatte, wo er nur konnte.

Wichtig erscheint es uns jetzt, diese zwar „Belasteten“ und vom Gesetz formal Betroffenen für die neue Demokratie und die Mitarbeit am Wiederaufbau zu gewinnen, denn es ist uns genau bekannt, daß es im Dritten Reich viele Fälle gab, in denen ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter dem von oben ausgeübten Druck zum Eintritt in die Partei sich einfach nicht widersetzen konnte, und wir lehnen es ab, daß nun die Emigranten, von draußen her, heute über all diese Menschen zu Gericht sitzen und den Stab über sie brechen wollen.

Das ist die eine Seite der neuen Demokratie. Aber die Kehrseite der Medaille zeigt ein anderes, weniger erfreuliches Bild. Auch die übelsten kriminellen Nazis wollen uns nämlich heute glauben machen, daß auch sie „eigentlich immer dagegen“ gewesen seien, neben den vielen Viertels- und Achtelsverfolgten, die unter dem Naziregime „seelisch gelitten“ haben oder die als Nicht-Pgs. bei ihren Beamtungen in der Beförderung übergangen wurden und die nun ebenfalls mit ihren Wiedergutmachungsansprüchen auftreten.

Heute schon müssen wir es leider erleben, daß beispielsweise die Frau Nazi-Blockwart a. D. auf dem Umweg über eine antifaschistisch getarnte Nichtparteiorganisier bei den deutschen und alliierten Dienststellen ebenso fleißig denunziert, wie sie das zwölf Jahre lang mit bestem Erfolg bei der Kreisleitung getan hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die von uns Antifaschisten geforderte Generalamnestie auf solche Elemente nicht bezieht. Wir haben uns bis jetzt bemüht, den anständigen Pgs zu helfen, sie aus den Lagern herauszuholen und vor den Spruchkammern zu entlasten. Heute aber ist es an der Zeit, die unverbesserlichen und gemeingefährlichen Nazis mitsamt ihren Helfern und Halberinnen auszumerzen, bevor sie in die Lage kommen, wieder ein neues Chaos anzurichten, worauf sie mit allen Mitteln hinarbeiten. Frau Nazi-Blockwart, die im Verein mit ihren Freundinnen neuerdings hetzt und denunziert, der Beamte, der einen mitleidigen Kollegen oder Untergebenen ins KZ brachte, der Werkmeister in der Fabrik, der im Dritten Reich wehrlose Gefangene und Zivilarbeiter vielschichtig mißhandelte — sie alle werden zur Rechenschaft gezogen! Das wurde auf den Tagungen der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) in Dachau, Frankfurt und Stuttgart unmißverständlich zum Ausdruck gebracht und es werden hier in Bälde einige Exempel statuiert werden.

Die böswilligen und verbrecherischen Anhänger der Nazi-Ideologie haben, nach Ablauf einer mehr als zweijährigen Bewährungsfrist, heute keinen Anspruch mehr auf Schonung,





